



Wien-Wahl 2020 – Positionierung zu vegan-relevanten Themen

Die Vegane Gesellschaft Österreich hat alle Parteien, die wienweit zur Wien-Wahl 2020 antreten, per E-Mail zu ihrer Positionierung zu vegan-relevanten Themen befragt.

In diesem Dokument finden Sie die an uns übermittelten Antworten der Parteien. So sollen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit unseres Artikels und unserer Grafik gewährleistet werden.

Liebe Grüße
Vegane Gesellschaft Österreich

Inhaltsverzeichnis

SPÖ	2
FPÖ	8
GRÜNE	11
ÖVP	14
NEOS	17
HC	20
BIER	21
LINKS	22
SÖZ	26

SPÖ

1. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden? Wenn ja, wie?

Ja. Der Wiener Landtag hat am 19. Jänner 2020 unter dem Titel Wien isst G.U.T einen Lebensmittelaktionsplan beschlossen. Dabei steht G.U.T für Gesund bzw. genussreich, umwelt- und tierfreundlich. Mit dem Lebensmittelaktionsplan sollen die gesundheitlichen, sozialen, ethischen sowie die Umwelt- und Klimaschutzaspekte und das Tierwohl entlang der gesamten Wertschöpfungskette besondere Beachtung finden, und entsprechende Maßnahmen bei der öffentlichen Beschaffung, bei der Beratung von und Kooperation mit Betrieben und zur Lebensmittelabfallvermeidung gesetzt werden. Ziel der Stadt Wien ist es auch weiterhin, die nachhaltige Produktion und Verwendung von Lebensmitteln zu forcieren.

Dazu gehört es, Handlungsweisen zu ermöglichen und zu fördern, welche die geringsten negativen Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima haben und die auf die Bedürfnisse zukünftiger Generationen achten. Unser Ernährungssystem muss zudem krisensicher gestaltet werden, indem die vorhandenen Ressourcen bestmöglich genützt und geschützt werden. Diese Handlungsweisen bedingen selbstverständlich auch die weitere Reduktion des tierischen Anteils in unserer Ernährung und die Substitution durch geeignete pflanzliche Lebensmittel. In der Wiener Gemeinschaftsverpflegung wird dieser Weg seit 2011 mit dem Natürlich gut Teller in den Küchen des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser KWP und einigen Spitälern des Wiener Gesundheitsverbundes WIGEV beschrritten.

2. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der WienerInnen gefördert werden?

Wie bereits ausgeführt soll pflanzliche Ernährung aus den verschiedensten Gründen (gesundheitliche UND soziale, ethische sowie Umwelt- und Klimaschutzaspekte) gefördert werden.

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. VeganerInnen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Recht auf eine vegane Option etabliert werden?

Der schon bisher beschrrittene Weg der Forcierung von pflanzlicher Ernährung soll im Rahmen des Lebensmittelaktionsplans dazu führen, in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen flächendeckend eine vegane Option anbieten zu können.

4. Soll in öffentlichen Einrichtungen die Bio-Quote bei Lebensmitteln angehoben werden? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Die Bio-Quote beim Einkauf von Lebensmittel und Speisen beträgt in den Gesundheitseinrichtungen des WIGEV und KWP seit dem Jahr 2003 mindestens 30 %, für Kindergärten und Schulen wurde dieser Anteil auf 50 % angehoben. Der oben erwähnte Lebensmittelaktionsplan der Stadt Wien sieht auch eine weitere Anhebung der Bio-Quote vor. Es ist aber auch wichtig zu betonen, dass durch derartige verbindliche Vorgaben die Versorgungssicherheit und die Finanzierbarkeit der Gemeinschaftsverpflegung auch in Krisenzeiten gewährleistet bleiben muss. Parallel dazu setzt Wien verstärkt auch auf Abfallvermeidung und Kostenwahrheit bzw. –transparenz, in deren Mittelpunkt ein kontrollierte Herkunfts- und Haltekennzeichnung steht.

5. Soll in öffentlichen Einrichtungen bei tierischen Produkten eine Kennzeichnung nach der Haltungform der Tiere eingeführt werden?

Im Rahmen der Initiative Gutes Gewissen, guter Geschmack werden seit dem Jahr 2017 in Fachveranstaltungen Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls und Reduzierung des Tierleids diskutiert. 2019 und 2020 wurden diese Bestrebungen mit dem Runden Tisch Tierwohl noch einmal verstärkt und gemeinsam mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Produktion, Verwaltung und Interessenvertretungen und NGO's geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation abgestimmt, die in den kommenden Jahren sukzessive umgesetzt werden sollen. Herkunfts- und Haltungskennzeichnung ist darin ein zentrale Forderung, die auch weiterhin mit Nachdruck betrieben wird.

Dazu hat bereits im Mai 2019 der Wiener Landtag mit einem sog. Resolutionsantrag das Österreichische Parlament dazu aufgefordert die Haltung von Schweinen auf Vollspaltenböden zu verbieten. Mit einem weiteren Landtagsbeschluss vom 25. Juni 2020 verpflichtet sich die Stadt Wien einerseits in ihrem eigenen Einflussbereich für mehr Transparenz hinsichtlich Herkunft und Haltung zu sorgen und andererseits sich auf Bundesebene für eine verpflichtende und kontrollierte Kennzeichnung von Herkunft und Haltung einzusetzen und tierquälerische haltungsformen zu verbieten.

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?
- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Wie bereits oben erwähnt ist es seit 2011 erklärtes Ziel der Stadt Wien in der Gemeinschaftsverpflegung den Fleischanteil zu reduzieren. Dazu wurde im KWP und einigen Küchen des WIGEV ein bis zwei Mal pro Woche ein sog. Natürlich gut Teller serviert. Das bedeutet, dass mindestens eine Hauptkomponente aus biologischer Landwirtschaft stammen muss und dabei nur Obst & Gemüse verwendet wird, das gerade Saison hat. Wenn Fleischspeise, darf der Fleischanteil eines Natürlich gut Tellers maximal 90g Rohgewicht Fleisch pro Portion enthalten bzw.

muss der Fisch aus einer nachhaltigen Quelle stammen. Weiters soll ein NgT zu 2/3 aus pflanzlichen Zutaten bestehen.

Wie ein Wirkungsanalyse aus der Periode 2011 bis 2016 zeigt, wurden in diesem Zeitraum 4,4 Mio. Speisen serviert (etwa 1800/Tag), davon waren 56% vegetarische Speisen, 24% Fischspeisen und 20% Fleischspeisen. Bezogen auf die eingesetzte Warenmenge bedeutet dies, dass die Speisen insgesamt einen Obst- und Gemüseanteil von 87%, einen Fischanteil von 8% und ein Fleischanteil von 5% hatten.

Künftig soll der Natürlich gut Teller oder ein adaptierter Klimateller noch stärker in den Gesundheits- und Bildungseinrichtungen der Stadt Wien und anderen Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung angeboten werden und damit negative Folgen bestmöglich minimiert werden. Dies ist im Übrigen auch ein wichtiges Ergebnis der Initiative Runder Tisch Tierwohl, die durch den Lebensmittelaktionsplan konsequent umgesetzt werden soll. Eine vegane bzw. vegetarische Alternative zu konventionellen Gerichten sollte immer angeboten werden.

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?
- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Kindergärten

In den städtischen Wiener Kindergärten werden täglich drei Mahlzeiten angeboten. Dazu gehören das Vormittags- oder „Gabelfrühstück“, das Mittagessen und die Nachmittagsjause. Die Speisepläne für das Mittagessen richten sich nach den neuesten Empfehlungen der Österreichischen Gesellschaft für Ernährung (ÖGE). Salate, Milchprodukte und frisches Obst oder Kompotte sind fixer Bestandteil der zusammengestellten Menüs. Eltern können sich für ihr Kind zwischen drei Menüvarianten entscheiden. Zur Wahl stehen ein Standardmenü mit Mischkost, in dem auch Schweinefleisch enthalten ist, ein Menü mit Hühnerfleisch und ein fleischloses Menü (vegetarisch bzw. mit dem Angebot von Fisch anstelle von Fleisch). Alle Menüs werden zusätzlich auch noch für die unterschiedlichen Ansprüche von jüngeren und älteren Kindern variiert. Die beiden vor Ort zubereiteten Mahlzeiten (Frühstück und Jause) setzen sich aus ausgewogener Mischkost und Zutaten der jeweiligen Jahreszeit zusammen. Die bevorzugte Produktwahl fällt auf biologische Produkte aus dem regionalen Umfeld (österreichische Produkte, so vorhanden). Der BIO-Anteil der in den Wiener Kindergärten angebotenen Speisen beträgt insgesamt über 50%, in einzelnen Warengruppen allerdings deutlich darüber. Der Essenslieferant hat mit der BIO-Zertifizierung 1997 als erste Gemeinschaftsverpflegerin in Österreich damals den Grundstock gelegt. Die Mittagsmenüs werden aus hochwertigen, saisonfrischen, vorwiegend österreichischen Zutaten gekocht und sind garantiert frei von Konservierungsmitteln, Geschmacksverstärkern und Farbstoffen. Für die abwechslungsreiche und vielfältige Zusammenstellung des Speiseplans für die Mittagsmenüs arbeiten ErnährungswissenschaftlerInnen, Kinder und Kindergartenpersonal eng zusammen. Zur Qualitätssicherung werden alle Zutaten und fertig gekochten Speisen des Essenslieferanten laufend intern kontrolliert. Zusätzlich ist der Essenslieferant nach ISO und HACCP zertifiziert und erfüllt somit alle wichtigen Qualitäts-, Sicherheits- und Hygienevorschriften.

Schule:

Die wöchentlichen Speisepläne werden von den Ernährungsberaterinnen und -beratern im Sinne des Kriterienkatalogs nach den neusten Erkenntnissen der Wissenschaft und dem Grundsatz der Ausgewogenheit erstellt. Pro Woche kann aus fünf verschiedenen Mittagsmenü-Kategorien ausgewählt.

Es stehen täglich folgende Menüs zur Auswahl:

- Tagesmenü 1,
- Tagesmenü 2 (schweinefleischfrei),
- vegetarisches Menü,
- Sportmenü (erhöhter Kohlenhydrat-, Eiweiß- und Vitaminbedarf) und Diabetikermenü
- bzw. auf Verlangen ein laktosefreies und ein glutenfreies Menü

Wie ersichtlich wird daher jeden Tag auch eine vegetarische Speise angeboten. Es wird speziell darauf Rücksicht genommen, dass die eingenommenen Hauptmahlzeiten in der Schule stimmig und ausgewogen sind. Im Sinne der Nachhaltigkeit wird besondere Aufmerksamkeit auf den ökologisch kontrollierten Anbau der Rohwaren im Essen gelegt. Das Mittagessen an den öffentlichen Schulen bietet daher mindestens einen 50-prozentigen mengenmäßigen Bioanteil.

Alle unsere Essensanbieter*innen arbeiten mit entsprechenden Ernährungsberaterinnen und -beratern zusammen. Diese sind - genauso wie die nationale Ernährungskommission - der Meinung, dass vegane Ernährung das Risiko für Nährstoffdefizite und damit das Risiko für Gesundheitsstörungen erhöht. Daher wird seitens der Ernährungswissenschaft von einer rein veganen Ernährung für Kinder und Jugendliche dringend abgeraten. Durch die unterschiedliche Menüauswahl wird jedoch auf individuellen Ernährungswünsche Rücksicht genommen und trotzdem eine ausgewogene und ganzheitliche Ernährung sicherstellt.

Zusätzlich werden die Wiener Pflichtschulen im Rahmen des "Wiener Schulfruchtprogramms" wöchentlich kostenfrei mit frischem regionalen und saisonalen Obst und Gemüse beliefert.

8. Mit unserem Vegucation-Projekt (siehe www.vegucation.at) bieten wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft an. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann die Stadt Wien dies fördern?

Dieses Projekt wurde in die Maßnahmenliste der Initiative Runder Tisch Tierwohl aufgenommen, die durch den Lebensmittelaktionsplan konsequent umgesetzt werden soll.

9. Unsere Events haben sich zu einem Publikumsliebbling etabliert und zeigen die Vielfalt der veganen Lebensweise. Sind Sie prinzipiell dafür, dass ...

a. das Veganmania-Sommerfest am Rathausplatz stattfinden soll?

b. die Vegan-Planet-Messe im Rathaus stattfinden soll?

Das ganze Jahr über findet eine Vielzahl an Events am Rathausplatz bzw. im Rathaus statt. Vorausgesetzt alle Vorgaben & Richtlinien werden durch den Veranstalter eingehalten, spricht grundsätzlich auch nichts gegen diese Events.

10. Sollen Fiaker abgeschafft werden und keine Pferdemeher in der Stadt Wien zum Einsatz kommen?

Nein, weil Wien hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen zum Schutz der Fiakerpferde gesetzt:

- 1) Hitzefrei ab 35 Grad: analog zu Arbeiten am Bau, dürfen die Tiere bei am Stephansplatz gemessenen 35 Grad nicht mehr im Einsatz sein.
- 2) Reduktion der Arbeitszeiten: Fiakerpferde dürfen nur mehr jeden 2. Tag arbeiten, was eine enorme Entlastung bedeutet.
- 3) Verkürzung der Betriebszeit um eine Stunde am Abend: Die Arbeitszeiten sind von 10.00 bis 21.00 Uhr. Durch den verminderten Arbeitseinsatz reduziert sich die Stressbelastung für die Tiere.
- 4) Vor jedem Fahrtritt muss der Kutscher nachweislich die Einsatztauglichkeit (inklusive Gesundheitscheck) der Pferde überprüfen und dies in das Fahrtenbuch eintragen. Dieses wird von der Behörde stichprobenartig überprüft.
- 5) Es dürfen nur mehr Tiere als Zugpferde eingesetzt werden, die auf Grund ihres Wesens und des Ausbildungs- und Trainingszustandes nachweislich mit dem Einsatz als Fiakerpferd gut zurechtkommen. Neue Pferde werden vor ihrem ersten Einsatz durch Spezialisten auf ihre Eignung geprüft.
- 6) Bodenmarkierungen legen Lage und Anzahl der Stellplätze fest – dies garantiert erleichterte Überprüfbarkeit, ob die entsprechenden Vorgaben eingehalten werden.
- 7) Tierschutzrelevante Themen werden streng kontrolliert: Darunter fallen die Auswirkungen des Tragens des Maulkorbs, das Schweifanbinden und das regelmäßige Füttern.
- 8) Die jährlich durchgeführte Konzessionsüberprüfung beinhaltet die Verpflichtung zur Vorführung des gesamten Kutscheninventars, Geschirre und aller Pferde.
- 9) Weiters wird verstärkt darauf geachtet, dass die Pferde regelmäßig gefüttert und ihnen anschließend eine mindestens einstündige Ruhezeit gewährt wird.
- 10) Unter anderem auch deshalb werden die Kutscher verpflichtet, ein Fahrtenbuch zu führen, in dem unter anderem Abfahrt vom Stall und Fütterungspausen zu vermerken sind. Das Fahrtenbuch ist Behördenvertretern zur Einsicht vorzulegen.
- 11) die Vergabe der Stellplätze wurde neu geregelt. Sie erfolgt zweimal jährlich unter notarieller Aufsicht.
- 12) Es gibt unangekündigte Tierschutzkontrollen in den Ställen als auch an den Standplätzen durch die MA 60.
- 13) Nicht nur die Pferde werden strenger überprüft, auch bei den Kutschern selbst wurde nachjustiert. Bei der Fiaker-Fahrdienstprüfung wird Augenmerk auf den Tierschutz gelegt. Die Kutscher müssen in tierschutzrelevanten Aspekten sattelfest sein.
- 14) Es gibt eine fixe Fahrzeug-Identifikationsnummer ähnlich der Fahrgestellnummer beim Auto plus fix montiertem Kennzeichen. Die Nummerntafel, die mit der Kutsche verbunden ist, erleichtert die rasche Identifizierung.
- 15) Bei Konzessionsvergaben wird der finanzielle Background eines Werbers streng kontrolliert, so sind pro Gespann € 25.000,- an Rücklagen für die Wintermonate vorzuweisen, um zu garantieren, dass die Tiere auch in einkommensschwachen Zeiten bestens versorgt werden können. Die Höhe dieser Summe hat die Wirtschaftskammer empfohlen.
- 16) Fix

6

montierte Pooh-Bags haben sich bestens bewährt. Es sind nur fix montierte Pooh-Bags erlaubt, deren Tierschutzgerechtigkeit gutachterlich geprüft wird. Das Mitführen eines Pooh-Bag-Gutachtens inklusive Beschreibung ist verpflichtend. 17) Auch bei den Standplätzen gibt es strenge Kontrollen. Jeder Standplatz muss mit Hydrant und Wasserschlauch versehen sein, wobei durch verschärfte Kontrollen sichergestellt wird, dass diese Einrichtungen auch im Sinne des Tierschutzes Verwendung finden. 18) Des Weiteren gibt es einen einheitlichen Strafenkatalog mit klar definierten Strafhöhen für jedes Vergehen, die Höchststrafe liegt bei 3.500 Euro, die Mindeststrafe bei 140 Euro.

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, siehe Link – Seite 51:

<https://www.spoe.wien/wp-content/uploads/sites/943/2020/06/Wahlprogramm2020.pdf>

12. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, - „Klimamusterstadt Wien: 50 konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz“ siehe Link:
<https://www.spoe.wien/klimamusterstadt/> bzw. Wahlprogramm der SPÖ Wien :
<https://www.spoe.wien/wp-content/uploads/sites/943/2020/06/Wahlprogramm2020.pdf>

FPÖ

1. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden? Wenn ja, wie?

Prinzipiell sollte die Stadt Wien was die Ernährung betrifft, ihre Förderung auf bio, fair, regional, saisonal und artgerechte/tierwohlkonforme Haltung bei tierischen Erzeugnissen konzentrieren.

2. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der WienerInnen gefördert werden?

Hier deckt sich unsere Ansicht mit der Antwort auf die Frage 1.

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. VeganerInnen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Recht auf eine vegane Option etabliert werden?

Das sehen wir nicht ganz so, denn Fleisch von geschächeteten Tieren dürfte unserer Ansicht nach in keiner Einrichtung der Stadt Wien angeboten werden. Eine verpflichtende vegetarische Alternative halten wir für sinnvoll, bei der veganen Alternative stellt sich allerdings doch die Frage, wie sehr dieses Angebot dann auch genutzt und angenommen wird. Man müsste sich das auf jeden Fall gesondert bei etwa Kantinen mit freier Speisenauswahl und Menülieferung nach Vorbestellung ansehen.

4. Soll in öffentlichen Einrichtungen die Bio-Quote bei Lebensmitteln angehoben werden? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Prinzipiell ja, und natürlich möglichst rasch und möglichst hoch. Konkretere Aussagen können naturgemäß erst bei genauerer Detailkenntnis gemacht werden, die eine Regierungsbeteiligung voraussetzen, denn nur so ist ein Blick hinter die Kulissen möglich.

5. Soll in öffentlichen Einrichtungen bei tierischen Produkten eine Kennzeichnung nach der Haltungform der Tiere eingeführt werden?

Ja, und nicht nur in öffentlichen Einrichtungen.

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?

Fleisch prinzipiell (soweit verfügbar und finanzierbar) nur mehr aus artgerechter/tierwohlkonformer Haltung (auch bei Fisch). Wie vorhin gesagt sind wir ja für eine verpflichtende vegetarische Option, und es sollte die Nachfrage zum Angebotswandel führen.

- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Hier gilt unsere Position wie bei der Antwort auf die Frage 6 a.

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?

- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Unsere Position ist bei der Frage 6 nachlesbar.

8. Mit unserem Vegucation-Projekt (siehe www.vegucation.at) bieten wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft an. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann die Stadt Wien dies fördern?

Aktuell werden diese Kurse ja von der Wirtschaftskammer gefördert. Im Prinzip kann die Stadt Wien nur dort, wo sie selbst Kochlehrlinge ausbildet bzw. Köche beschäftigt, diesen den Besuch solcher Veranstaltungen im Rahmen ihrer Ausbildung/ihrer Dienstverhältnisses zur Auflage machen und die Kosten dafür ganz übernehmen. Überprüft werden kann auch gemeinsam mit dem waff und dem AMS, inwieweit derartige Kurse die Berufschancen tatsächlich erhöhen.

9. Unsere Events haben sich zu einem Publikumsliebbling etabliert und zeigen die Vielfalt der veganen Lebensweise. Sind Sie prinzipiell dafür, dass ...

- a. das Veganmania-Sommerfest am Rathausplatz stattfinden soll?

- b. die Vegan-Planet-Messe im Rathaus stattfinden soll?

Wie bei allen Veranstaltungen im Bereich der Stadt Wien: Wenn es sich rechnet und prinzipiell positiv ist, warum nicht?

10. Sollen Fiaker abgeschafft werden und keine Pferde mehr in der Stadt Wien zum Einsatz kommen?

Schwierig, denn für den überwiegenden Teil der Wiener zählen sie derzeit zu einem fixen Bestandteil des Stadtbildes und das weitere Schicksal der Fiakerpferde darf auch nicht aus den Augen gelassen werden. Hitzefrei ab 30 Grad und pferdefreundlichere Standplätze mit täglicher Kontrolle der Pferde durch den Amtstierarzt wären einmal ein erster Schritt. Hier hat die FPÖ sehr viele Initiativen im Wiener Gemeinderat gesetzt, die von der rot-grünen Stadtregierung blockiert wurden. In einem zweiten Schritt wären Routen im Grünbereich (Prater, Schönbrunn, ...) anzubieten, um die Pferde aus der Innenstadt herauszubringen. Im Endeffekt wird die Beantwortung dieser Frage davon abhängen, wie sich die Haltung der Wiener zu diesem Thema entwickelt und natürlich auch die der Touristen und der Tourismusindustrie insgesamt.

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, dieses findet sich unter anderem in unserem Wahlprogramm 2020 (https://www.fpoe-wien.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-wien.at/documents/Wahlprogramm_2020_v5_Web.pdf),⁹

Die FPÖ hat in der Geschäftsgruppe Umwelt (zu der auch der Tierschutz zu zählen ist) in den vergangenen 2 Legislaturperioden rund 200 Initiativen im Gemeinderat bzw. Landtag eingebracht. Im Bereich Tierschutz waren das etwa Anträge zum Schutz der städtischen Bienenpopulation, zur Verbesserung des Tierhaltegesetzes, dem Schutz der Ziesel, Kühlung für Fiaker-Pferde und vieles mehr. Auch eine Resolution gegen das Küken-Schreddern ging von den Abgeordneten der FPÖ aus.

12. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

s.o. 11. Ergänzend kann hier darauf verwiesen werden, dass die FPÖ bereits im Jahr 2016 eine Beobachtungsstelle für den Klimawandel gefordert hat, vehement auf die Nachpflanzung von gefälltten Bäumen pocht, umweltschonende Maßnahmen (zB Schädlingsbekämpfung mit Nützlingen anstatt Gift) in der Pflege öffentlicher Grünflächen fordert, das Ende der aktuell herrschenden Privatisierung von Teilen der Wiener Hochquellwasserleitung, Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität oder etwa auch den Umstieg der Donauschifffahrt auf CO₂-neutrale Wasserstoff-Antriebe thematisiert hat.

GRÜNE

1. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden? Wenn ja, wie?

Ja! Pflanzliche Ernährung leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wir setzen uns daher nicht nur dafür ein, einen vollwertigen, pflanzlichen, biologischen Klima-Teller in allen städtischen Versorgungsbetrieben (Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen) anzubieten, sondern generell die Versorgung in diesen Betrieben auf ein pflanzlich orientiertes, biologisches, regionales und vor allem gesundes Angebot umzustellen!

2. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der WienerInnen gefördert werden?

Ja! Wie oben beschrieben streben wir eine Erhöhung des Anteils von pflanzlichem Essen in städtischen Betrieben an. Ein Fokus liegt auf vollwertigem, pflanzlichem, biologischem Essen. Das nützt Menschen, Tieren, dem Klima und der Umwelt.

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. VeganerInnen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Recht auf eine vegane Option etabliert werden?

Ja! Dieses Recht sollte in Form eines vollwertigen, pflanzlichen, biologischen Klima-Tellers als vegane Option in allen öffentlichen Einrichtungen umgesetzt werden.

4. Soll in öffentlichen Einrichtungen die Bio-Quote bei Lebensmitteln angehoben werden? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Ja! Über gut überlegte Jahresetappen soll die Bio- und Regionalquote in allen Lebensmittelparten nach und nach auf 90% steigen. Das muss klarerweise bei gleichbleibenden Kosten für die Konsument*innen passieren (Vorbild des Kopenhagener Modells)!

5. Soll in öffentlichen Einrichtungen bei tierischen Produkten eine Kennzeichnung nach der Haltungsform der Tiere eingeführt werden?

Ja! Auch regionale Tierhaltung kann tierquälerisch sein. Eine umfassende Kennzeichnung bietet den Konsument*innen die beste Möglichkeit, sich bewusst für oder gegen ein Angebot zu entscheiden. Zu wissen, aus welcher Art der Haltung tierische Produkte kommen, ist dabei unerlässlich.

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...

a. weniger Fleisch angeboten werden?

Ja. Generell sollen weniger, dafür qualitativ hochwertigere Tierprodukte angeboten werden. Sämtliche tierischen Produkte sollten Bio-Qualität sein. Vorrangig pflanzliche Kost und wenig Fleisch sind auch aus gesundheitspolitischer Perspektive ein wichtiger Schlüssel für eine gesunde Wiener Stadtbevölkerung.

b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Ja! Heute wissen wir, dass fleisch-lastige Speisen beispielsweise Herz-Kreislauf-Erkrankungen fördern können. Gerade in Spitälern und in Altenheimen ist es wichtig, den Menschen eine gesundheitsfördernde Lebensweise zu ermöglichen. Der Anteil an tierischen Produkten sollte nicht über die von der Ernährungsmedizin empfohlenen Maximalmenge hinausgehen.

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...

a. weniger Fleisch angeboten werden?

Ja. Wien geht hier bereits einen guten Weg. Trotzdem sollten generell noch weniger, dafür qualitativ hochwertigere Tierprodukte angeboten werden. Sämtliche tierischen Produkte sollten auch hier in Bio-Qualität sein.

b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Ja. Vor allem in Form des vollwertigen, pflanzlichen, biologischen Klima-Tellers, der gerade in Kindergärten und Schulen so konzipiert sein muss, dass es den Kindern gut schmeckt und ihnen Lust auf Gemüse, Obst, Nüsse und Hülsenfrüchte macht. Der Anteil an tierischen Produkten sollte nicht über die von der Ernährungsmedizin empfohlenen Maximalmenge hinausgehen.

8. Mit unserem Vegucation-Projekt (siehe www.vegucation.at) bieten wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft an. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann die Stadt Wien dies fördern?

Im Rahmen der Ausbildung für gastronomische Berufe muss die Kompetenz für vegan-vegetarische Küche verpflichtend berücksichtigt werden. Die Nachfrage nach dieser Kompetenz wird im Rahmen des Umstiegs auf vermehrt biologische, pflanzliche und tierfreundliche Versorgung stark ansteigen und muss deshalb vermehrt gefördert werden.

9. Unsere Events haben sich zu einem Publikumsliebbling etabliert und zeigen die Vielfalt der veganen Lebensweise. Sind Sie prinzipiell dafür, dass ...

a. das Veganmania-Sommerfest am Rathausplatz stattfinden soll?

Ja!

b. die Vegan-Planet-Messe im Rathaus stattfinden soll?

Ja!

10. Sollen Fiaker abgeschafft werden und keine Pferde mehr in der Stadt Wien zum Einsatz kommen?

In einer modernen Großstadt ist der öffentliche Raum meist sehr stark frequentiert. Wenn wir Tierschutz ernstnehmen wollen, müssen wir erkennen, dass Pferde in der Wiener Innenstadt einer sehr hohen Stressbelastung ausgesetzt sind. Touristischen Rundfahrten könnten durch ansprechende, stilvolle Elektro-Oldtimer übernommen werden und als zukunftsorientierte Unternehmenssparte die klassischen Fiaker ablösen. Kurzfristig sollten Fiaker-Fahrten dorthin verlagert werden, wo den Pferden Schatten, Ruhe und Grünraum gewährleistet werden können. Mittelfristig wollen wir, dass die Stadt Wien bestehende Fiaker-Lizenzen auslaufen lässt und keine neuen mehr vergibt.

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, in Zusammenarbeit mit dem Grünen Tierschutzforum wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet und beschlossen. Siehe Anhang.

12. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Aus unserer Sicht ist Klimaschutz von derart großer Wichtigkeit, dass sich unterschiedlichste Ansätze und Maßnahmen in vielen Themenbereichen finden. Wir möchten daher an dieser Stelle zu unserem Wahlprogramm verlinken, <https://wien.gruene.at/wahlprogramm>

ÖVP

1. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden? Wenn ja, wie?

Eine vielseitige Auswahl von natürlichen Lebensmitteln versorgt den Körper mit wichtigen Nährstoffen. D.h. je abwechslungsreicher der Menüplan ist, desto besser ist es. Es gibt kaum eine andere Millionenmetropole weltweit, die im Jahr so viel Gemüse erntet wie Wien. Dies gilt es auch weiterhin zu fördern. Die Großküchen und Kantinen der Stadt Wien sollen deshalb Wiener Gemüse verwenden. 2019 gab es den stärksten Zuwachs an Bio-Fläche (9%) innerhalb der Stadtgrenzen und die Stadtlandwirtschaft trägt somit einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz bei.

2. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der WienerInnen gefördert werden?

Gerade die Stadt Wien verfügt über zahlreiche Bereiche, in denen der Ankauf von Nahrungsmitteln eine große Rolle spielt. Zu nennen sind hierbei vor allem der Spitalsbereich, aber auch Schulen und Kindergärten und viele andere Bereiche, in denen es darum geht, nach nachhaltigen Kriterien einzukaufen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Bereiche, in denen das Thema „Gesunde Ernährung“ ohnedies im Fokus der Überlegungen sein sollte. Auch weil etwa im Schulbereich die pädagogische Beispielwirkung einen ganz wesentlichen Aspekt darstellt. Die pflanzliche Ernährung soll weiter gefördert werden, aber eine ausgewogene Ernährung muss das Ziel sein.

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. VeganerInnen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Recht auf eine vegane Option etabliert werden?

Wichtig ist eine ausgewogene und gesunde Ernährung. Wenn Personen besondere Ernährungswünsche bspw. im Sinne von veganen Speisen haben, dann liegt es an den Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen diesem Wunsch nachkommen zu können.

4. Soll in öffentlichen Einrichtungen die Bio-Quote bei Lebensmitteln angehoben werden? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Es gibt bereits einen verpflichtenden Bio-Anteil von 30 % in der Beschaffung von Lebensmitteln. Teilweise, bspw. in Kindergärten, liegt dieser Anteil bereits bei 50 %. Die Bio-Quote für öffentliche Einrichtungen soll bis 2030 auf 50 % angehoben werden.

5. Soll in öffentlichen Einrichtungen bei tierischen Produkten eine Kennzeichnung nach der Haltungsform der Tiere eingeführt werden?

Wir unterstützen eine transparente und verpflichtende Herkunftskennzeichnung (HKZ) bzw. fordern diese auch vehement ein. Im aktuellen Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung ist die verpflichtende HKZ für die Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat) und in verarbeiteten Produkten festgehalten. Ziel ist eine Umsetzung ab 2021. Eine Kennzeichnung hinsichtlich der Haltungsform der Tiere wird aktuell auch vom deutschen Ratsvorsitz (2. Halbjahr 2020) vorangetrieben. Mit dem AMA-Gütesiegel haben wir zudem schon ein sehr gut funktionierendes System, allgemein sind die Tierhaltungs- und Tierschutzbestimmungen in Österreich sehr hoch im Vergleich zu anderen Ländern.

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?
- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Das eine schließt das andere nicht aus. Eine ausgewogene Ernährung muss das Ziel sein und alle Bedürfnisse müssen erfüllt werden.

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?
- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Das eine schließt das andere nicht aus. Eine ausgewogene Ernährung muss das Ziel sein und alle Bedürfnisse müssen erfüllt werden.

8. Mit unserem Vegucation-Projekt (siehe www.vegucation.at) bieten wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft an. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann die Stadt Wien dies fördern?

Ja, die Menschen passen ihre Ernährung immer mehr in Richtung vegan-vegetarisch an. Einrichtungen müssen sich bestmöglich darauf einstellen und wenn dies durch geschulte Fachkräfte freiwillig möglich ist, ist das eine win-win Situation für beide Seiten.

9. Unsere Events haben sich zu einem Publikumsliebbling etabliert und zeigen die Vielfalt der veganen Lebensweise. Sind Sie prinzipiell dafür, dass ...
- a. das Veganmania-Sommerfest am Rathausplatz stattfinden soll?
 - b. die Vegan-Planet-Messe im Rathaus stattfinden soll?

Ja

Ja

10. Sollen Fiaker abgeschafft werden und keine Pferde mehr in der Stadt Wien zum Einsatz kommen?

Fiaker gehören zum Stadtbild Wiens. Sie sind eine beliebte Attraktion für den Tourismus und damit auch für den Wirtschaftsstandort von Bedeutung. Dennoch gibt es Herausforderungen:

- Für die Tiere selbst: die Hitze des Sommers, deshalb gibt es auch ein Verbot bei 35 Grad Celsius.
- Aber auch für den Bezirk – hohe Kosten für die Straßensanierung – 750.000 Euro im Jahr.

Hier ist die rot-grüne Stadtregierung in der Pflicht eine gute Lösung zu finden.

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, die Partei verfügt über ein Tierschutzprogramm. Als Tierschutzprogramm gilt das aktuelle Regierungsprogramm ab Seite 159 der türkis-grünen Bundesregierung.

12. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, die Partei verfügt über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm. Als Umwelt- und Klimaschutzprogramm gilt das aktuelle Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung.

NEOS

1. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden? Wenn ja, wie?

Die Ernährung und damit einhergehend die Produktion und Beschaffung von Lebensmitteln haben neben gesundheitlichen auch ökologische Auswirkungen. Pflanzliche Produkte produzieren weitaus weniger Treibhausgasemissionen als tierische Produkte. Da das Essverhalten bereits in jungen Jahren geprägt wird, braucht es speziell in elementarpädagogischen und schulischen Bildungseinrichtungen bewusstseinsbildende Aktionen rund um Ernährung und Umwelt- und Klimaschutz. In allen öffentlichen Küchen und Kantinen der Stadt Wien sollte es ein mittelfristiges Ziel sein, ein pflanzliches Menü zur Auswahl zu haben.

2. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der WienerInnen gefördert werden?

Selbstverständlich soll hier eine Stärkung der Bewusstseinsbildung bezüglich der gesundheitlichen und ökologischen Vorteile einer pflanzlichen Ernährung erfolgen. Die massive und kostenintensive Bewerbung des sogenannten "Schnitzelgutscheins" durch die Stadt Wien ist für uns hier kontraproduktiv.

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. VeganerInnen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Recht auf eine vegane Option etabliert werden?

Eine Selbstverpflichtung, in allen öffentlichen Küchen und Kantinen der Stadt Wien ein pflanzliches Menü zur Auswahl zu haben, befürworten wir. Ein festgeschriebenes Recht empfinden wir derzeit nicht als umsetzbar.

4. Soll in öffentlichen Einrichtungen die Bio-Quote bei Lebensmitteln angehoben werden? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Wir fordern die sukzessive Erhöhung des BIO-Anteils auf zumindest 80 % in öffentlichen Einrichtungen wie zB in Schulen.

5. Soll in öffentlichen Einrichtungen bei tierischen Produkten eine Kennzeichnung nach der Haltungsform der Tiere eingeführt werden?

Ja, es braucht Angaben zu Herkunft und Haltungsform.

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...
 - a. weniger Fleisch angeboten werden?
 - b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Es braucht in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ein ausgewogenes Angebot von fleischhaltigen als auch von vegan-vegetarischen Gerichten, eine pflanzliche Wahlmöglichkeit sollte es jedenfalls mittelfristig geben.

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...
 - a. weniger Fleisch angeboten werden?
 - b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Es braucht in öffentlichen Kindergärten und Schulen ein ausgewogenes Angebot von fleischhaltigen als auch von vegan-vegetarischen Gerichten, eine pflanzliche Wahlmöglichkeit sollte es jedenfalls mittelfristig geben.

8. Mit unserem Vegucation-Projekt (siehe vegucation.at) bieten wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft an. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann die Stadt Wien dies fördern?

Ja, denn Zusatzausbildungen stellen einen Gewinn sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe dar. Zum einen kann sich die Stadt für eine aktive Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen einsetzen, damit zukünftige Lehrkräfte diese Zusatzausbildung absolvieren und das Wissen an ihre Schüler_innen weitergeben können. Zum anderen soll diese Ausbildung auch an berufsbildenden Schulen und an Berufsschulen von Schüler_innen absolviert werden können. Zudem fordern wir, dass es auch vegetarischen bzw. veganen Lokalen möglich sein muss, Lehrlinge auszubilden.

9. Unsere Events haben sich zu einem Publikumsliebbling etabliert und zeigen die Vielfalt der veganen Lebensweise. Sind Sie prinzipiell dafür, dass ...

a. das Veganmania-Sommerfest am Rathausplatz stattfinden soll?

Ja.

b. die Vegan-Planet-Messe im Rathaus stattfinden soll?

Ja.

10. Sollen Fiaker abgeschafft werden und keine Pferde mehr in der Stadt Wien zum Einsatz kommen?

Die Personenbeförderung mittels Pferdekutschen ist in einer modernen Stadt wie Wien nicht mehr zeitgemäß. Hitzebelastung und andere Tierschutzgründe sprechen dagegen. Im dichten Straßenverkehr passieren immer wieder Unfälle, bei denen Tiere und Menschen zu Schaden kommen. Mittelfristig soll es daher keine Neuvergabe oder mögliche Weitergabe (durch erbberechtigte Hinterbliebene) von Fiakerkonzessionen geben.

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Tierschutz ist in der Gesetzgebung grundsätzlich Bundesmaterie, Neos Wien geht im Wahlprogramm 'Chance 2020' im Kapitel 'Tiere in der Stadt' jedoch auf wien spezifische Tierschutzangelegenheiten im Vollzug ein.

https://wien.neos.eu/Resources/Persistent/e48655634404395285394e7ddbbae6589f98b0250/Chance2020_Das%20NEOS%20Wien%20Programm.pdf

12. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

- Das NEOS Wien Wahlprogramm 'Chance 2020' enthält dazu das Kapitel 'Klima, Energie und die Umwelt'.

https://wien.neos.eu/Resources/Persistent/e48655634404395285394e7ddbbae6589f98b0250/Chance2020_Das%20NEOS%20Wien%20Programm.pdf

- Auf Bundesebene enthält das Wahlprogramm 'Pläne für ein neues Österreich' das Kapitel 'Klimafreundliches Österreich'.

<https://www.neos.eu/Resources/Persistent/0d4c0dabf194c6a542b867afd4f819a6e9635c79/Pläne%20für%20ein%20neues%20Österreich%202019.pdf>

- Zudem gibt es ein CO₂-Positionspapier: 'Eine ökologische Steuerreform entlastet Umwelt und den Faktor Arbeit'.

<https://www.neos.eu/Resources/Persistent/bd14fdd1e1334f64360093d852bb8dfbb6958ca6/CO2-KONZEPT.pdf>

19

HC

Die Liste HC Strache hat keine Antworten übermittelt.

BIER

Die BPO hat keine Antworten übermittelt.

LINKS

1. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Umwelt- und Klimaschutz gefördert werden? Wenn ja, wie?

Ja, denn die Tierproduktindustrie verursacht massive ökologische Schäden und trägt einen großen Teil zum Klimawandel bei. Wien ist eine der mittlerweile über 200 globalen Städte, die das Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik unterzeichnet haben. Seit 2017 ist die MA22 für die Umsetzung verantwortlich, aber außer schönen Worten hat dies noch zu wenig geführt. Mit LINKS würde sich das ändern. Im Programm von LINKS steht an prominenter Stelle, dass hinsichtlich Ernährung vor allem in den eigenen Betrieben begonnen werden muss: hier soll die Stadt Wien ein Exempel für lustvolle und zukunftsträchtige Ernährung statuieren: „Frisch und kaum tierisch/Qualität und Bewusstseinsbildung“.

2. Soll die pflanzliche Ernährung von der Stadt Wien zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der WienerInnen gefördert werden?

Ja, denn Essgewohnheiten haben viel mit Routine und Sozialisierung zu tun. Langzeitfolgen von Fehlernährung wie Diabetes (Zuckerkrankheit) und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind wesentliche Faktoren dafür, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen in Wien um ein ganzes Jahrzehnt früher sterben als wohlhabendere Menschen. Auch hier ist Fleischkonsum ein wichtiger Risikofaktor. Allerdings ist „pflanzlich“ alleine noch kein Garant für gesunde Ernährung. Und weil viele Menschen – wie oben angeschnitten – die Erfahrung mit fleischloser Ernährung fehlt, machen wir in einem ersten Schritt die Kantinen städtischer Einrichtungen zu ersten Berührungspunkten.

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. VeganerInnen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, das Recht auf eine vegane Option etabliert werden?

Ja, diese Forderung deckt sie sich sowohl mit der Position von LINKS, die Freiheit der Lebensgestaltung für alle zu ermöglichen und konkret die pflanzliche Ernährung zu fördern / in Kantinen der Stadt und ihrer Betriebe umzusetzen. LINKS fordert deshalb Mindestens ein rein pflanzliches Gericht in allen städtischen Kantinen und Versorgungseinrichtungen anzubieten (siehe LINKS Programm Seite 68, Abschnitt 13.3 „Tierprodukte“).

4. Soll in öffentlichen Einrichtungen die Bio-Quote bei Lebensmitteln angehoben werden? Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

Ja, auf jeden Fall. In Bezug auf Umweltfreundlichkeit besteht mit ÖkoKauf Wien sogar seit 1998 ein Projekt. Die hier eingesetzten Grundsätze, nach denen Produkte eingekauft werden (Schonung natürlicher Ressourcen, ökologische Produktion, Energieeffizienz, ...), werden mit LINKS ernst genommen, ausgeweitet und streng kontrolliert. Wir denken, dass eine Anhebung auf 70% an regionalen und bio-zertifizierten Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen innerhalb einer Legislaturperiode machbar sein sollte, langfristig natürlich so nah an 100 wie möglich. Wichtiger als die Zahlen ist uns aber nicht nur auf das Bio-Zertifikat sondern auch ganz besonders auf die Ernte- und Produktionsbedingungen zu achten. LINKS will die bestehende Marktlogik in der Landwirtschaft, die auf der Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt fußt, brechen. Deshalb wollen wir auch gezielt Formen alternativer landwirtschaftlicher Produktion fördern, mit der „Lina“ eine städtische Lebensmittelkooperative schaffen und als Stadt Ernteanteile kaufen und so die erste „Agriculture Supporting Community“ werden. Hier haben wir uns die schrittweise Deckung des städtischen Lebensmittelkonsums aus solidarischer Landwirtschaft zum Ziel gesetzt: 15% sofort, und 60% innerhalb einer Legislaturperiode (siehe LINKS Programm Seite 60, Box „Ernte- und Produktionsbedingungen“; Seite 61 Abschnitt 12-3 „Weil der Supermarkt nicht so super ist“, sowie Seite 62 Box „Da Hofer woars –jetzt isses die Lina“).

5. Soll in öffentlichen Einrichtungen bei tierischen Produkten eine Kennzeichnung nach der Haltungform der Tiere eingeführt werden?

Ja, auf jeden Fall. Um die angesprochene Freiheit der Lebensgestaltung zu ermöglichen braucht es für LINKS aber eben auch Transparenz. Diese wird durch eine solche Kennzeichnung geschaffen.

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?
- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Ja sowohl weniger Fleisch als auch mehr Vegan-Vegetarisches. LINKS fordert für Wien die schrittweise Einführung von Frischküchen für alle städtischen Kantinen, für Krankenhäuser, Pflegeheime und Kindergärten, für alle Betriebsküchen. Angelehnt an das Beispiel des Copenhagen House of Food sollen hier Gerichte angeboten werden, die Lust am Essen vermitteln und Mensch und Natur Gutes tun. Besonders in Betreuungs- und Gesundheitseinrichtungen wird hier auf besondere Bedürfnisse – insbesondere von älteren Menschen und Jugendlichen – explizit eingegangen. Das haben wir aus gesundheitlichen Gesichtspunkten heraus auch bitter nötig: Während in Wien 31 % der Jugendlichen übergewichtig sind, sind bis zu 85 % der Bewohner*innen von Pflegeheimen mangelernährt. Darüber hinaus werden die Bekochten auch in den Entstehungsprozess der Gerichte eingebunden. Damit wird nebenbei ein Bezug zu tierproduktarmer und regionaler Ernährung aufgebaut und ein Geschmack für diese entwickelt (siehe LINKS Programm Seite 60, Abschnitt 12.2 „Standards und Selbstverpflegung“).

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...

- a. weniger Fleisch angeboten werden?
- b. mehr Vegan-Vegetarisches angeboten werden?

Ja sowohl weniger Fleisch als auch mehr Vegan-Vegetarisches. Zur Begründung siehe die Antwort zu Frage 6.

8. Mit unserem Vegucation-Projekt (siehe www.vegucation.at) bieten wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft an. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann die Stadt Wien dies fördern?

Grundsätzlich stehen wir einem besseren Ausbildungsprogramm hinsichtlich veganer / vegetarischer Ernährung / Lebensweise sehr aufgeschlossen gegenüber, da sich das – wie aus den obigen Antworten klar hervorgehen sollte – mit den politischen Positionen von LINKS deckt. Um die Frage jedoch mit einem Ja beantworten zu können, müssten wir zuerst gemeinsam mit dem Vegucation-Projekt und seinen Betreiber*innen Inhalte und eine etwaige Umsetzungsstrategie wenn schon nicht entwickeln so zumindest diskutieren.

9. Unsere Events haben sich zu einem Publikumsliebling etabliert und zeigen die Vielfalt der veganen Lebensweise. Sind Sie prinzipiell dafür, dass ...

- a. das Veganmania-Sommerfest am Rathausplatz stattfinden soll?

Ja, auf jeden Fall, LINKS versteht sich ja nicht nur als Partei, sondern auch als Bewegung von Bewegungen bzw. Organisation von Bewegten. Da wir darüber hinaus auch für eine bessere Ressourcenausstattung von Organisationen, die Aufklärungsarbeit leisten stehen, sind wir nicht nur prinzipiell dafür, sondern befürworten die Abhaltung des Veganmania-Sommerfests am Rathausplatz explizit.

- b. die Vegan-Planet-Messe im Rathaus stattfinden soll?

Wir sehen die privatwirtschaftliche Nutzung von öffentlichem Raum – mit der wir auch eine Vegan-Messe assoziieren – klarerweise kritischer als die Aufklärungsarbeit im öffentlichen Raum – die wir mit dem Veganmania-Sommerfest in Verbindung bringen. Dh. auch hier müssten wir zuerst gemeinsam mit der Vegan-Planet-Messe und ihren Betreiber*innen Inhalte und eine etwaige Umsetzungsstrategie, wenn schon nicht entwickeln, so zumindest diskutieren.

10. Sollen Fiaker abgeschafft werden und keine Pferde mehr in der Stadt Wien zum Einsatz kommen?

Ja, weil Fiaker zwar zum historischen Stadtbild Wiens gehören, aber manchmal gehört, was in die Vergangenheit gehört, in die Vergangenheit. Auch Tanzbären und Zirkuslöwen machen sich auf Gemälden besser als im heutigen Leben. Pferde gehören nicht in die Stadt: Der Betrieb von Fiakern in den Innenbezirken, in stark befahrenen Gebieten und bei zu hohen Temperaturen ist mit LINKS nur noch in antiken Stadtansichten zu finden. LINKS würde das Tierwohl in einem ersten Schritt mit drei Regeln verbessern:

Ein Verbot für Fiaker-Standplätze in den inneren Bezirken

Einen 8-Studentag in den Fiakerunternehmen

Hitzefrei für Fiakerpferde ab 30 Grad

(siehe LINKS Programm Seite 68, Abschnitt 13.2.4 „Fiaker“)

11. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, siehe LINKS Programm Seite 66 Kapitel 13 „Tierschutz“, aber auch Seite 58, Kapitel 12 „Konsum“ (Tierschutz-relevante Forderungen va. in Hinblick auf Ernährung).

12. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

Ja, siehe LINKS Programm Seite 18 Kapitel 4 „Umwelt, Klima und Verkehr“, aber auch in den Kernforderungen am Beginn fast aller anderen 17 Kapitel. Umweltschutz steht für LINKS im Zentrum unseres gesamten politischen Handelns.

Unter folgendem Link finden Sie unser gesamtes Parteiprogramm:

https://links-wien.at/wp-content/uploads/2020/08/LINKS_Programm2020_final.pdf

SÖZ

Das SÖZ hat keine Antworten übermittelt.